


Viele Signale stehen auf Grün

IW-Konjunkturampel. Um die konjunkturelle Entwicklung differenziert und dennoch übersichtlich darzustellen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln die IW-Konjunkturampel entwickelt. Diese steht für Deutschland in vielen Bereichen derzeit auf Grün – die Wirtschaft ist also auf Kurs. 

Konjunkturforscher haben es nicht leicht: Zwar steht ihnen heute eine schier unerschöpfliche Fülle an Daten zur Verfügung – von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über Unternehmensstatistiken bis hin zu Rohstoff- und Finanzmarktkennziffern. Am Ende aber ist nicht zuletzt die Öffentlich-

keit daran interessiert, möglichst leicht erfassbare Informationen über die konjunkturellen Trends zu bekommen.




Diesem Interesse trägt meist die Zusammenfassung vieler Konjunkturdaten in einem Gesamtindikator Rechnung. Solche Kennziffern sind allerdings insofern problematisch,






































als bei der Verdichtung der Daten wertvolle Konjunkturdetails verloren gehen und zudem die einzelnen Indikatoren oft willkürlich gewichtet werden müssen.

Diese Probleme umgeht die vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln entwickelte IW-Konjunkturampel – sie gibt mithilfe der Signalfarben Grün, Gelb und Rot einen intuitiven und zugleich informativen Überblick über die Dynamik der Wirtschaft (Kasten Seite 2). Die IW-Konjunkturampel beleuchtet →

IW-Konjunkturampel: Wirtschaftsentwicklung auf einen Blick

Veränderung der Indikatoren im Durchschnitt der aktuellsten drei Monate, für die im Juni 2015 Daten verfügbar waren, gegenüber dem vorherigen Dreimonatsdurchschnitt

-  Verschlechterung
-  Keine relevante Veränderung
-  Verbesserung

		Deutschland	Eurozone	USA	China
Produktion	Industrieproduktion				
	Auftragseingang				
	Einkaufsmanagerindex				
Beschäftigung	Erwerbstätige				
	Arbeitslose				
	Arbeitslosenquote				
Nachfrage	Privater Konsum				
	Konsumentenvertrauen				
	Investitionen				
	Exporte				

Keine relevante Veränderung: Veränderung ist kleiner als ein Siebtel der Standardabweichung des Indikators in den vergangenen zehn Jahren; Einkaufsmanagerindex: Stimmungsbarmeter, das die Einschätzung der aktuellen Situation durch Einkaufsmanager im Produzierenden Gewerbe sowie im Bau- und Dienstleistungsbereich wiedergibt; Konsumentenvertrauen: OECD-Veröffentlichung auf Basis monatlicher qualitativer Befragungen von Haushalten über die erwartete finanzielle Situation, die ökonomische Entwicklung, die Erwerbssituation sowie die Entwicklung der Ersparnisse; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Inhalt

Arbeitskämpfe. Die meisten Streiktage je 1.000 Arbeitnehmer hat es seit 1995 in der Region Rheinland-Pfalz/Saarland gegeben.
Seite 3

Vermögensverteilung. Ob die Niedrigzinspolitik der EZB für die Bundesbürger gut oder schlecht ist, hängt vor allem von der individuellen Relation zwischen Schulden und Vermögen ab.
Seite 4-5

Selbstständigkeit. Junge Griechen und Italiener gründen viel häufiger ein eigenes Unternehmen als ihre Altersgenossen in Deutschland oder Dänemark.
Seite 6-7

Arbeitskosten. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sind die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten 2014 deutlich gestiegen.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ derzeit neben Deutschland auch den Euroraum insgesamt, die USA und China. Der aktuelle Stand (Grafik Seite 1):

- **Deutschland.** Die Ampel signalisiert eine überwiegend gute Konjunkturlage – alle Nachfragekennziffern haben sich zuletzt verbessert und auch der Einkaufsmanagerindex zeigt einen aufwärts. Die übrigen Indikatoren haben sich kaum verändert, wobei manche ohnehin schon auf sehr hohem Niveau waren – wie etwa die Erwerbstätigkeit.
- **Euroraum.** Grüne und gelbe Signale halten sich exakt die Waage, insgesamt zeigt der Konjunkturtrend also leicht aufwärts. Vor allem die umfragebasierten Indikatoren haben zuletzt eine merkliche Besserung der Lage erkennen lassen. Zudem zeigen sich aktuell auch erste Lichtblicke auf dem Arbeitsmarkt.
- **USA.** Unterm Strich bewertet die IW-Konjunkturampel auch dort die Situation positiv. Allerdings steht der Verbesserung beim Konsumentenvertrauen eine Stagnation im Bereich Produktion und bei den ande-

Die IW-Konjunkturampel

Die Ampel beschreibt die Dynamik der Konjunktur anhand von drei Bereichen – Produktion, Beschäftigung und Nachfrage – mit insgesamt zehn Indikatoren. Hierzu gehören vor allem Ist-Kennzahlen aus der amtlichen Statistik – etwa zur Industrieproduktion, zur Arbeitslosigkeit oder zu den Investitionen. Hinzu kommen Indikatoren wie der Einkaufsmanagerindex und das Konsumentenvertrauen, die auf Umfragen basieren und individuelle Einschätzungen wiedergeben.

Für jeden Indikator misst die IW-Konjunkturampel, ob in den aktuell verfügbaren drei Monaten gegenüber dem vorherigen Dreimonatszeitraum eine Verbesserung oder eine Verschlechterung zu beobachten war. Anschließend werden diesen Trends die Farben Grün beziehungsweise Rot zugeordnet. Für den Fall, dass keine wesentliche Veränderung vorlag, zeigt die Ampel Gelb. Das ist immer dann der Fall, wenn die Veränderung kleiner ist als ein Siebtel der Standardabweichung, die für den jeweiligen Indikator in den vergangenen zehn Jahren gemessen wurde.

ren Indikatoren der Nachfrage gegenüber. Die Exporte waren in jüngster Zeit sogar klar rückläufig.

- **China.** Für das Reich der Mitte sind nur sieben Indikatoren verfügbar – sie liefern ein positives Gesamtbild. Lediglich die Arbeitslosenquote und die Ausfuhren blieben zuletzt fast unverändert.

Dass die IW-Konjunkturampel relevante wirtschaftliche Trends gut widerspiegeln kann, lässt sich beispielsweise anhand der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen. Damals

brach das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen dem dritten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 um mehr als 6 Prozent ein und erholte sich anschließend nur langsam (Grafik). Die Ampel zeichnet die Krise – trotz einiger datenbedingter Verzögerungen – im Wesentlichen gut nach:

Die Zahl der in der IW-Konjunkturampel enthaltenen Indikatoren, die sich deutlich verschlechtert hatten, stieg von eins im August 2008 auf sieben im Juni 2009.

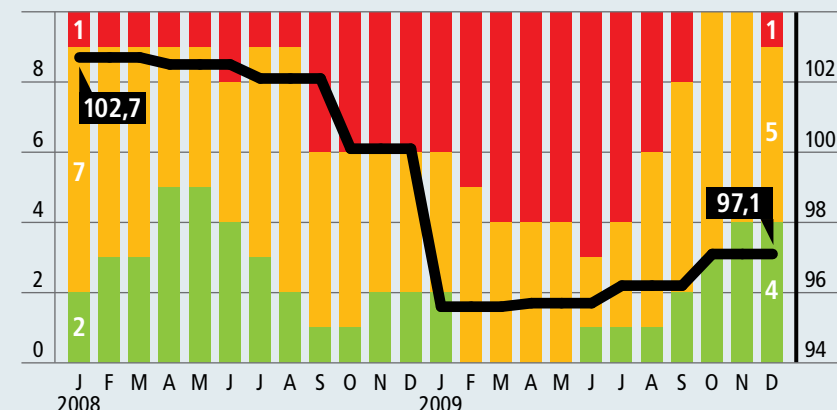
Dieser weitgehende Gleichlauf von BIP und IW-Konjunkturampel war kein Zufall, sondern ist bis an den aktuellen Rand zu beobachten. Den leichten Aufschwung des Jahres 2013 zum Beispiel zeigte die Ampel an, indem sich die Zahl der verbesserten Indikatoren von null im März auf fünf im November erhöhte.

IW-Konjunkturampel: Krise gut abgebildet

So viele Indikatoren der IW-Konjunkturampel zeigten im jeweiligen Monat für Deutschland

■ eine Verschlechterung ■ keine relevante Veränderung ■ eine Verbesserung der Konjunkturlage an

■ Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 1. Quartal 2007 = 100



Keine relevante Veränderung: Veränderung ist kleiner als ein Siebtel der Standardabweichung des Indikators in den vergangenen zehn Jahren; Bruttoinlandsprodukt: preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

i aus IW-Trends 2/2015

Jan Cholewa, Henry Goecke, Michael Grömling: IW-Konjunkturampel – Konzept, Daten und Evaluation
iwkoeln.de/konjunkturampel

Aktuelle Daten der IW-Konjunkturampel sind abrufbar unter:
konjunktur-in-deutschland.de

Streikfreudige Rheinland-Pfälzer

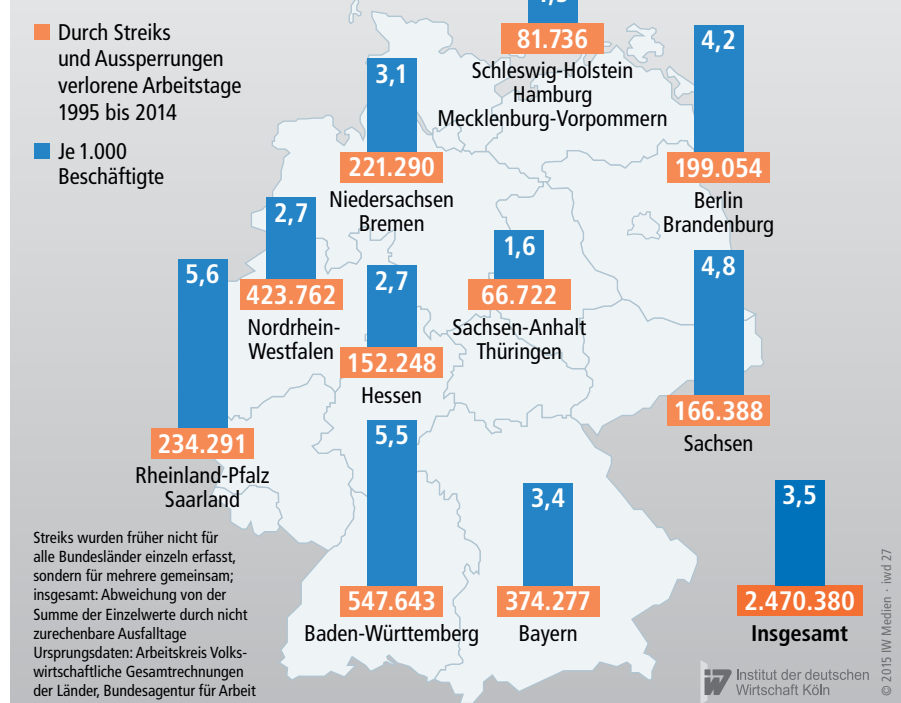
Arbeitskämpfe. Ein regionaler Vergleich für die vergangenen 20 Jahre zeigt, dass mehr als die Hälfte aller streikbedingten Ausfalltage auf nur drei Länder entfällt – Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Die meisten Ausfalltage je 1.000 Arbeitnehmer gab es mit durchschnittlich 5,6 Tagen pro Jahr allerdings in Rheinland-Pfalz und im Saarland, wofür Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst verantwortlich zeichneten.

Von den annähernd 2,5 Millionen Tagen, die in den Jahren 1995 bis 2014 bundesweit durch Streiks und Aussperrungen ausgefallen sind, entfielen allein 1,3 Millionen Tage auf Süddeutschland und Nordrhein-Westfalen. Das verwundert aber niemanden – sind doch in diesen Ländern viele Metall- und Elektrobetriebe beheimatet, die von der IG Metall wegen ihrer Pilotfunktion immer mal wieder mit Streiks überzogen werden.

Anders sieht die Streikkarte aus, wenn man die Größe der einzelnen Regionen berücksichtigt und die Ausfalltage auf je 1.000 Arbeitnehmer normiert (Grafik und Kasten). In der Gesamtbilanz steht dann die Region Rheinland-Pfalz/Saarland mit 5,6 Ausfalltagen je 1.000 Mitarbeiter und Jahr ganz vorn. Das war aber nicht immer so, wie eine Unterteilung der Statistik in zwei Zehnjahresperioden zeigt:

- **1995 bis 2004.** In diesem Zeitraum war Sachsen mit jahresdurchschnittlich 8,0 Ausfalltagen je 1.000 Arbeitnehmer Spitzenreiter der regionalen Streikstatistik – seit 2005 ist es aber mit nur noch 1,6 Ausfalltagen die

Die Streikkarte



friedlichste Region Deutschlands. Grund für den Ausreißer nach oben war der Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektro-Industrie im Jahr 2003, der zu rund 130.000 Ausfalltagen führte. Am Ende konnte die IG Metall sich allerdings nicht durchsetzen.

- **2005 bis 2014.** In Rheinland-Pfalz und im Saarland fielen im Zeitraum von 1995 bis 2004 im Durchschnitt nur 1,5 Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte und Jahr aus, seit 2005 sind es

9,7 Tage. Der Hauptgrund für den Anstieg lag darin, dass die Region 2006 überdurchschnittlich stark durch die Streikwellen im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen getroffen wurde. Dadurch fielen fast 120.000 Arbeitstage aus. Damals versuchte ver.di, die von den Ländern gewünschte Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden zu verhindern. Die Gewerkschaft erreichte einen Teilerfolg. Fortan wurde im öffentlichen Dienst 39 Stunden gearbeitet.

Die Arbeitskampfstatistik

Die amtliche Arbeitskampfstatistik der Bundesagentur für Arbeit informiert nicht nur über die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage in einzelnen Wirtschaftszweigen. Sie weist die Ausfalltage auch für die Bundesländer aus. Seit 2008 werden für jeden Stadtstaat und jedes einzelne Bundesland Daten veröffentlicht, bis dahin wurden kleinere Bundesländer und Stadtstaaten teilweise zusammengefasst. So bildeten Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern die Region „Nord“ sowie Niedersachsen und Bremen die Region „Niedersachsen/Bremen“.

Die neue Welt der niedrigen Zinsen

Vermögensverteilung. Ob die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank für die Bundesbürger gut oder schlecht ist, hängt nicht unbedingt davon ab, ob sie arm oder reich sind. Viel wichtiger ist die Relation zwischen Vermögen und Schulden – und die hängt mit dem Alter zusammen.

Spätestens seit die Europäische Zentralbank am 4. September 2014 beschlossen hat, ihren Leitzins auf das historische Tief von 0,05 Prozent zu senken, macht in Deutschland das böse Wort von der „Enteignung der Sparer“ die Runde.

Dieser Vorwurf ist durchaus eine nähere Betrachtung wert: Verstärkt die aktuelle, extrem expansive Geldpolitik die Ungleichheit in der Bevölkerung? Schließlich leiden die Kleinsparer sehr wohl darunter. Zwar wird ihnen nichts weggenommen, aber sie müssen auf Zinsen verzichten und ihre Ersparnisse verlieren real an Wert. Demgegenüber klettern die Immobilienpreise und Aktienkurse immer weiter, weil sehr

viel Geld im Umlauf ist und angelegt werden will. Sind also die Reichen die Gewinner und die Armen die Verlierer?

Was zunächst plausibel klingt, hält jedoch einem tieferen Blick in die Statistiken nicht stand, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) mithilfe einer Analyse der Vermögensverteilung in Deutschland herausgefunden hat. Ja, sagen die IW-Ökonomen, es findet eine Umverteilung statt, aber eben nicht zwischen Arm und Reich, sondern zwischen Verschuldeten und Sparern. Der Grund dafür liegt auf der Hand (Grafik Seite 5):

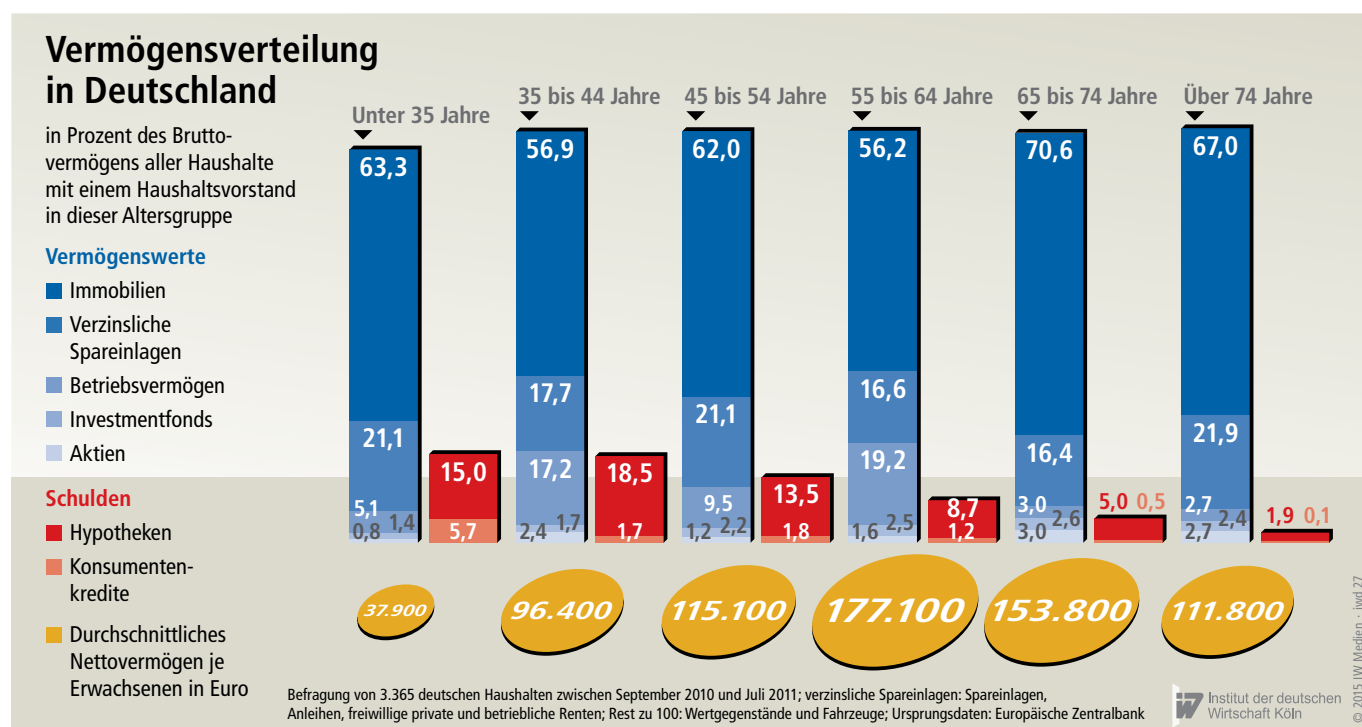
Konsumentenkredite und Baudarlehen zusammengenommen, mussten

Schuldner im Jahr 2014 im Schnitt nur 3,9 Prozent Zinsen zahlen – 2008 waren es noch 5,3 Prozent.

Die durchschnittlichen Sparzinsen sind in dieser Zeit von 2,8 auf 0,4 Prozent gesunken. Für einen durchschnittlichen Erwachsenen heißt das: Seine Zinserträge sind in den vergangenen sechs Jahren um 450 Euro auf gerade noch 95 Euro eingebrochen. Im Gegenzug haben sich seine Zinsaufwendungen um 209 Euro auf 768 Euro verringert.

Wer von dieser Entwicklung nun konkret profitiert, hängt davon ab, ob jemand zu den fleißigen Sparern oder aber zu den Verschuldeten gehört – und ob und in welchem Ausmaß jemand Immobilien- und Aktienvermögen besitzt.

• **Arm und Reich im Vergleich.** Die 10 Prozent der Haushalte in Deutschland mit dem kleinsten Nettovermögen sind im Schnitt über-



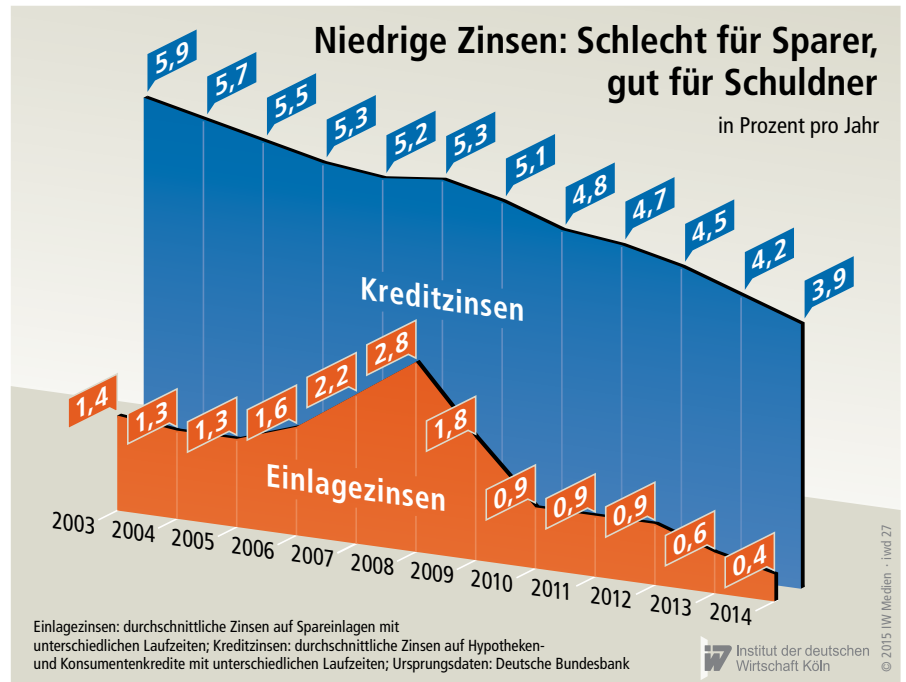
schuldet, ihre Kredite übersteigen ihre Vermögenswerte um mehr als die Hälfte. Diese Gruppe stellt sich durch das niedrige Zinsniveau besser (Kasten) – immer im Durchschnitt gesehen. Das gilt jedoch nicht für jene Armen, die zwar wenig auf der hohen Kante haben, aber schuldenfrei sind. Ihnen entsteht durch die entgangenen Zinserträge ein glasklarer Nachteil.

Das vermögensreichste Haushaltszehntel dagegen hat wenig Schulden, nämlich lediglich knapp 6 Prozent seines Bruttovermögens. Weil diese Gruppe aber immerhin fast 14 Prozent des Vermögens zinsbringend angelegt hat, musste sie unter dem Strich durch die niedrigen Zinserträge ein Minus hinnehmen.

Tendenziell steigt mit dem Vermögen auch der Anteil an Aktien und Immobilien. Allerdings spielen Aktien hierzulande generell keine große Rolle, selbst die Reichsten halten nur 2,6 Prozent ihres Vermögens in Unternehmensanteilen. Bei den Immobilien hängt die Frage, ob man zu den Gewinnern oder Verlierern gehört, weniger vom Besitz selbst ab, sondern davon, wie viel des Kaufpreises man über Kredite finanzieren muss. In diesem Punkt unterscheiden sich Arm und Reich viel stärker als bei den Vermögensanteilen.

- **Jung und Alt im Vergleich.** Jüngere Haushalte besitzen aufgrund ihrer kürzeren Erwerbsbiografie weniger Vermögen als ältere (Grafik Seite 4):

Die unter 35-Jährigen haben abzüglich ihrer Schulden im Schnitt 38.000 Euro Vermögen, während die 55- bis 64-Jährigen auf 177.000 Euro kommen.



Arm oder reich: Wer profitiert von niedrigen Zinsen?

Arno Arm hat nicht viel auf der hohen Kante. Er gehört zu jenen 10 Prozent der deutschen Haushalte, die am wenigsten (oder gar kein) Vermögen haben: Sein gesamtes Bruttovermögen beläuft sich auf 11.571 Euro. Davon sind 2.042 Euro Spareinlagen. Dem steht ein ziemlich großer Berg an Schulden in Höhe von 17.781 Euro gegenüber.

Im Jahr 2008, als es durchschnittlich noch 2,8 Prozent Zinsen aufs Sparbuch gab und die Kreditzinsen bei 5,3 Prozent lagen, hätte Arno Arm 57 Euro Zinsen für sein Ersparnis bekommen und 942 Euro Zinsen für seine Schulden gezahlt. Er hätte also ein Minus von 885 Euro gemacht.

Im Jahr 2014 betragen die Einlagezinsen nur noch 0,4 Prozent und die Kreditzinsen 3,9 Prozent. Arno Arm hat also gerade einmal 8 Euro an Zinsertrag, zahlt für seine

Kredite aber auch nur noch 693 Euro an Schuldzinsen.

Arm macht 2014 unterm Strich ein Minus von 685 Euro – und steht damit um 200 Euro besser da als 2008. Bezogen auf sein Vermögen ist das eine Verbesserung um 1,7 Prozent.

Rita Reich ist eine Durchschnittsvermögende aus dem obersten Vermögenszehntel aller Haushalte. Ihr gesamtes Bruttovermögen beträgt 671.305 Euro, davon sind 91.351 Euro verzinslich angelegt. Auch Rita Reich hat Schulden, und zwar in Höhe von 38.964 Euro. In der Niedrigzinswelt des Jahres 2014 spart sie 545 Euro an Zinsaufwendungen und verliert gleichzeitig 2.192 Euro an Zinserträgen.

Reich verschlechtert sich gegenüber 2008 also um 1.647 Euro und bezogen auf ihr Vermögen um 0,2 Prozent.

Viele Jüngere haben gerade erst eine Immobilie gekauft und mit einer Hypothek finanziert. Deswegen profitieren junge Menschen stärker von den niedrigen Schuldzinsen. Im Alter sieht es umgekehrt aus: Die Schulden sind langsam, aber sicher abbezahlt und die entgangenen Zinserträge schlagen stärker ins Kontor.

Demzufolge gingen der Altersgruppe von 65 bis 74 Jahren im Jahr 2014 je Haushalt 642 Euro an Einlagezinsen im Vergleich zu 2008 verloren, sie sparte aber nur 126 Euro an Kreditzinsen.

Vgl. IW policy paper 15/2015 unter: iwkoeln.de/zins_vermoegen

Gezählt, gewogen und gewichtet

Die Datensammlung „Deutschland in Zahlen“ – zusammengestellt vom IW Köln – gibt einen schnellen Überblick, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt haben: Frankreich ist Deutschlands wichtigster Handelspartner, gefolgt von den USA. Ein Viertel des hierzulande produzierten Stroms stammt mittlerweile aus regenerativen Quellen. Und die Lebenserwartung neugeborener Jungen beträgt derzeit 77 Jahre und neun Monate. Diese und viele andere Zahlen zu aktuellen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Themen kann man nachlesen – entweder online auf deutschlandinzahlen.de, über die App „Deutschland in Zahlen“ (gratis für iPhone und Android) oder auch in der neuen Auflage des handlichen Kompendiums „Deutschland in Zahlen 2015“.

Bezugsinfos unter iwmedien.de/diz und deutschlandinzahlen.de/angebote



SCHULEWIRTSCHAFT: Preisträger gesucht

Unter dem Motto „Das hat Potenzial“ lobt das von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Institut der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH getragene Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT dieses Jahr zum vierten Mal einen Preis aus: In der Kategorie Schulbuch werden Bücher und elektronische Medien ausgezeichnet, die Begeisterung für ökonomische Zusammenhänge wecken. Die Kategorie Unternehmen zeichnet Betriebe aus, die sich für die beruflichen Perspektiven der Schüler engagieren; und in der Kategorie Kooperation Schule und Unternehmen werden Tandem-Projekte zur digitalen Bildung prämiert. Schulbuchverlage, Unternehmen und Schulen können sich noch bis zum 31. Juli 2015 bewerben.

Weitere Informationen: schulwirtschaft.de

Jugend gründet

Selbstständigkeit. Junge Griechen und Italiener gründen deutlich häufiger ein eigenes Unternehmen als ihre Altersgenossen in Deutschland oder Dänemark. Der Erfolg der Jungunternehmer wiederum hängt zu einem Großteil von der Unterstützung ab, die sie bekommen. Zwei Best-Practice-Beispiele aus Europa zeigen, wie's geht.

Sie sind jung, oftmals hervorragend ausgebildet und finden trotzdem keine Stelle: Die zum Teil extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen Ländern Europas ein gravierendes Problem (Grafik):

In Griechenland waren im vergangenen Jahr 45 Prozent der 15- bis 29-jährigen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, in Spanien hatten fast 40 Prozent und in Kroatien und Italien mehr als 30 Prozent keinen Job.

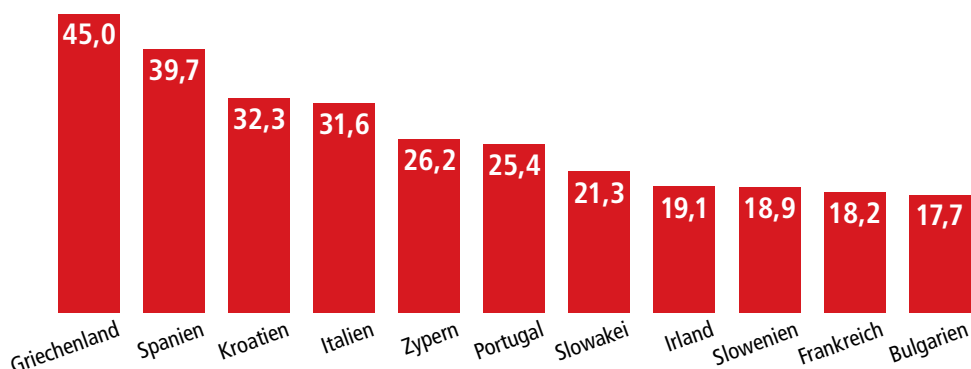
Eine Alternative zur Arbeitslosigkeit – und selbstverständlich auch zu einem festen Job – ist die Gründung eines eigenen Unternehmens. Die Selbstständigkeitsquote der jungen Leute betrug 2013 über alle 28 EU-Länder hinweg 6,5 Prozent, sodass insgesamt 2,67 Millionen junge Menschen ein eigenes Unternehmen führten.

Die jungen Selbstständigen sind allerdings sehr unterschiedlich über Europa verteilt. Grundsätzlich gilt: In Südeuropa, wo die Arbeitslosenquoten besonders hoch sind, wagen die Jungen eher den Schritt ins

Unternehmertum als ihre Altersgenossen im Norden: Laut Eurostat waren zuletzt 16 Prozent der jungen Griechen und 15 Prozent der Italiener selbstständig – in Österreich, Dänemark und Deutschland dagegen trauten sich jeweils weniger als 3,5 Prozent der jungen Männer und Frauen, eine Firma zu gründen.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, kurz Eurofound, hat sich in einer aktuellen Studie mit dem Thema Unternehmensgründung als geeignete Perspektive für junge Menschen befasst und auch geschaut, welche Hürden sie zu überwinden haben: Acht von zehn jungen Menschen mangelt es demnach an entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten, sieben von zehn bewerten die administrativen Bestimmungen ihres Landes als hinderlich und fünf von zehn fehlt es an grundsätzlichen Informationen.

Die Eurofound-Studie listet aber auch Best-Practice-Beispiele auf, die zeigen, wie man jungen Leuten, die



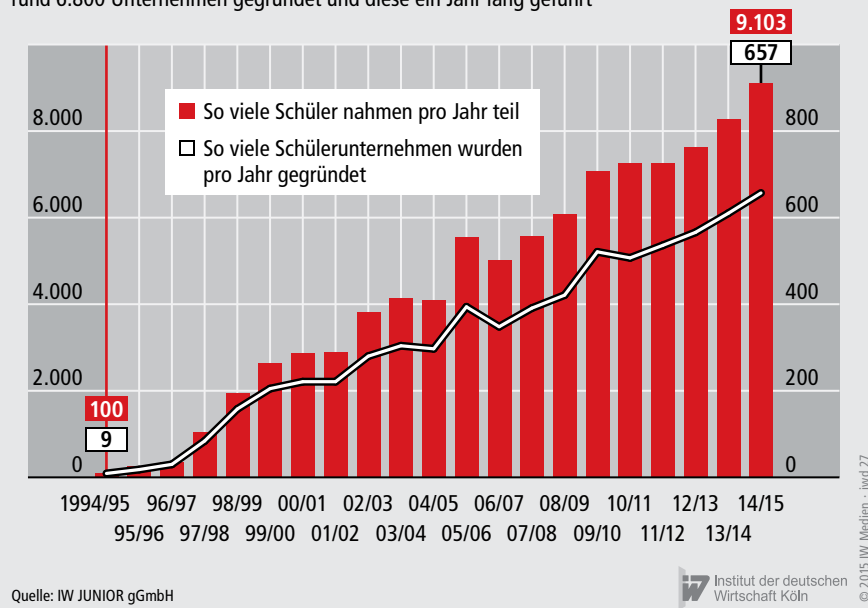
sich selbstständig machen wollen, helfen kann. In Finnland zum Beispiel gibt es die Non-Profit-Initiative Startup Sauna. Wer an dem vierwöchigen Programm teilnimmt, bekommt für die Umsetzung und Weiterentwicklung seiner Geschäftsidee einen erfahrenen Coach zur Seite gestellt. Neben Rechts- und Finanzierungsfragen geht es auch um das optimale Präsentieren – was wichtig ist, denn die besten Teams der Initiative dürfen ihre Geschäftsidee im Rahmen einer Veranstaltung der Business Angels im Silicon Valley vorstellen – also vor Leuten, die sich nicht nur finanziell an jungen Unternehmen beteiligen, sondern auch ihr Know-how einbringen.

Startup Sauna bietet seine Unterstützung mittlerweile auch jungen Unternehmensgründern in Russland und Osteuropa an. Seit 2010 sind aus dieser Initiative 145 Unternehmen hervorgegangen, die mithilfe von insgesamt 37 Millionen Dollar eingeworbenen Mitteln an den Start gebracht werden konnten.

Ein anderes Praxisbeispiel ist JUNIOR, ein Schülerfirmenprogramm der Institut der deutschen Wirtschaft GmbH, an dem bislang mehr als 90.000 Schüler teilgenommen haben (Grafik). Während des

JUNIOR Schülerunternehmen: Das Interesse steigt

Seit 1994 haben insgesamt 92.957 Schüler an den JUNIOR Programmen teilgenommen, rund 6.800 Unternehmen gegründet und diese ein Jahr lang geführt



einjährigen Projekts geht es nicht darum, nur so zu tun, als ob man ein Unternehmen gründet, die Schüler gründen tatsächlich ein echtes Unternehmen: Sie entwickeln eine Geschäftsidee, analysieren den Markt, überzeugen Kapitalgeber und versuchen, ihr Produkt oder ihre Dienstleistung zu verkaufen. Auch die Buchführung, Versammlungen sowie Gewinnausschüttungen werden von den Schülern übernommen bzw. organisiert. Seit 1994 – so lange gibt es JUNIOR bereits – haben die Schüler insgesamt rund 6.800 Unternehmen gegründet und sie ein Jahr lang geführt.

Viele Schülerunternehmen greifen dafür auf Wirtschaftspaten aus der

„echten“ Wirtschaft zurück: So haben bisher mehr als 3.000 ehrenamtliche Wirtschaftspaten an diesem Programm teilgenommen. Schülern, die auf den Geschmack gekommen sind, bietet das Programm zudem weitere Möglichkeiten: Die JUNIOR-Unternehmer können ihre Geschäftsideen auf Messen oder Bühnen vorstellen oder im Rahmen eines Wettbewerbs einer Jury präsentieren. Auch die Teilnahme an einem fünftägigen Gründercamp ist möglich, das interessierte Schüler auf die Selbstständigkeit nach der Schule vorbereitet.

Weitere Informationen:
junior-programme.de

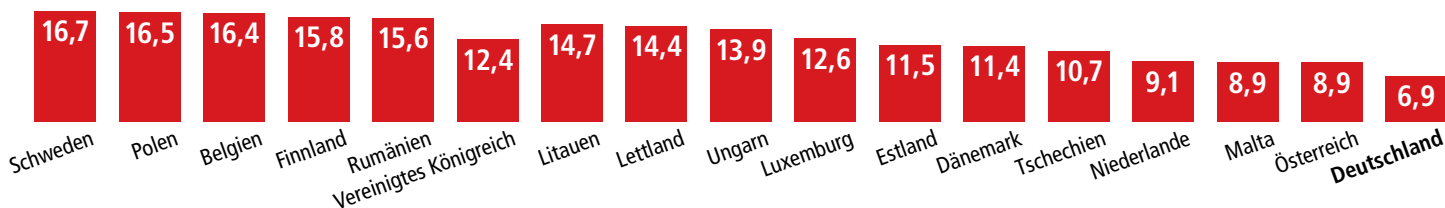
Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Arbeitslosenquoten der 15- bis 29-Jährigen im Jahr 2014 in Prozent


Quelle: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015
IW Medien
IwD 27



Weiter gestiegen

Arbeitskosten. Die Unternehmen im westdeutschen Produzierenden Gewerbe mussten im Jahr 2014 je Vollzeitbeschäftigten im Schnitt Arbeitskosten von gut 62.900 Euro schultern, 2,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. In Ostdeutschland betrug der Anstieg sogar 4,1 Prozent. 

Das nur moderate Wirtschaftswachstum und eine kaum gesteigerte Produktivität erlaubten den Firmen im vergangenen Jahr eigentlich keine großen Kostensprünge. Die Realität sieht jedoch anders aus:

- **Westdeutschland.** In der westdeutschen Industrie haben vor allem die Lohnerhöhungen zum Arbeitskostenzuwachs beigetragen:

Im Durchschnitt legten die Jahresverdienste im Produzierenden Gewerbe 2014 brutto um 2,5 Prozent zu.

Weniger stark gestiegen sind das Weihnachtsgeld und andere fest vereinbarte Sonderzahlungen. Entlastet wurden die Unternehmen durch

Wie sich die Arbeitskosten zusammensetzen

im Produzierenden Gewerbe im Jahr 2014 in Euro je 100 Euro Bruttolohn/-gehalt

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Direktentgelt	75,20	78,10
Vergütung für arbeitsfreie Tage	17,20	17,10
– Urlaub	9,80	9,70
– Bezahlte Feiertage	3,80	3,50
– Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,60	3,90
Sonderzahlungen	7,70	4,70
– Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld usw.	7,30	4,50
– Vermögensbildung	0,30	0,20
Bruttolohn/-gehalt	100,00	100,00
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (einschließlich Unfallversicherung)	17,60	19,10
Betriebliche Altersversorgung	4,20	1,20
Sonstige Personalzusatzkosten (z. B. Ausbildungskosten, Abfindungen)	5,10	4,50
Arbeitskosten insgesamt	126,90	124,90

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland einschließlich Berlins; Direktentgelt: Entgelt für geleistete Arbeitszeit einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw27

niedrigere Beiträge an den Pensionsversicherungsverein, sodass die betriebliche Altersversorgung nur noch mit 4,20 Euro je 100 Euro Bruttolohn zu Buche schlug (Grafik). Insgesamt aber hat sich die Struktur der Arbeitskosten kaum verändert.

- **Ostdeutschland.** Trotz des überdurchschnittlichen Zuwachses im Jahr 2014 liegen die Arbeitskosten der ostdeutschen Industriebetriebe mit 41.900 Euro nach wie vor um ein Drittel unter dem Westniveau. Damit bleibt Ostdeutschland ein wichtiger Standortvorteil erhalten.

Erklären lässt sich das Kostengefälle durch das noch immer niedrigere Lohnniveau im Osten, aber auch durch geringere Sonderzahlungen und die weniger stark ausge-

baute betriebliche Altersversorgung. Wie im Westen ist allerdings die Zusammensetzung der Arbeitskosten 2014 nahezu gleich geblieben.

Im Jahr 2015 treiben die Löhne die Arbeitskosten in Deutschland wohl erneut nach oben – im ersten Quartal sind die tatsächlichen Stundenverdienste durchschnittlich um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Da die Produktivität weiterhin sehr langsam wächst, legen damit auch die Lohnkosten je Erzeugnis weiter zu.

 **aus IW-Trends 2/2015**
Christoph Schröder: Die Struktur der Arbeitskosten in der deutschen Wirtschaft
iwkoeln.de/arbeitskostenstruktur

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.